

Das Spiel mit der Maut

ÖVP- und SPÖ-Anträge verfallen. Verkehrsminister legt bis Ende Oktober Vorschläge vor.

WIEN Mautflüchtlinge werden nirgends gerne gesehen. Sie verlassen die Autobahn und belasten Städte und Gemeinden mit verstopften Straßen, Lärm und Schadstoffen. In Vorarlberg verursacht vor allem der Durchgangsverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz einen solchen Ausweichverkehr. Besonders betroffen ist das untere Rheintal, allen voran die Landeshauptstadt Bregenz. Die Ex-Regierung von ÖVP und FPÖ hat in ihrem Koalitionsabkommen Verbesserungsvorschläge für die Verkehrsprobleme im grenznahen Bereich versprochen. Für den Tiroler Raum rund um Kufstein brachte die SPÖ bereits 2018 einen Vorschlag zur Vignettenbefreiung ein. Der damalige Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) war dagegen. Im Juli 2019 segnete der Nationalrat dann einstimmig einen Entschließungsantrag ab, in dem Verkehrsminister Andreas Reichhardt aufgefordert wird, bis 31. Oktober 2019 unterschiedliche Varianten zur Weiterentwicklung des Mautsystems vorzuschlagen. Dabei soll er insbesondere die Bekämpfung der Mautflucht berücksichtigen. Der Minister will dem Parlament den Bericht fristgerecht liefern, wie den VN im Verkehrsressort bestätigt wird.

Jetzt kommen ÖVP und SPÖ ihm zuvor. Zumindest theoretisch. Beide Parteien brachten am Donnerstag Anträge in den Nationalrat ein. Die ÖVP-Mandatare fordern, dass unter anderem die Strecke zwischen Hörbranz und Hohenems mautbefreit werden soll. Die SPÖ plädiert für den entgegengesetzten Weg und will Landeshauptleute



ÖVP-Klubchef Wöginger (l.) mit SPÖ-Obfrau Rendi-Wagner und SPÖ-Mandatar Leichtfried: Ihre Parteien brachten Mautanträge ein. Diese werden verfallen. APA

ermächtigen, gewisse Straßenabschnitte abseits von Autobahnen bemaunten zu dürfen, um Mautflucht zu verhindern.

Der Haken an beiden Anträgen: Aufgrund der parlamentarischen Abläufe wird der Nationalrat vor der

Wahl nicht mehr darüber abstimmen können. ÖVP und SPÖ wollen den Anträgen kommende Woche zwar noch eine Frist auferlegen. Doch auch diese wird wirkungslos bleiben. Sie könnte nur zeigen, welche Partei theoretisch bei der Maut-

STICHWORT FORDERUNGEN VON ÖVP UND SPÖ

Die ÖVP fordert eine Mautbefreiung für die A1-Westautobahn zwischen der Grenze am Walsberg und Salzburg Nord, A7 Mühlkreis Autobahn zwischen Hafenastraße und Urfahr, A12 Inntalautobahn zwischen der Grenze bei Kufstein und Kufstein-Süd, A14 Rheintal/Walgau Autobahn zwischen der Grenze bei Hörbranz und Hohenems sowie für die im Bau befindliche A 26 Linzer Auto-

bahn. Der Verkehrsminister soll weitere Abschnitte per Verordnung für eine Vignettenbefreiung bestimmen können. Die SPÖ schreibt in ihrem Antrag: Der Landeshauptmann soll „für bestimmte Streckenabschnitte von Straßen, die keine Bundesstraßen sind, eine fahrleistungs- und zeitabhängige Bemaunung“ festlegen können, um Umgehungsverkehr zu verhindern.

ÖVP will Tablets für alle Schüler

WIEN Die ÖVP will die schon im letzten Regierungsprogramm vorgesehene Bildungspflicht bis 18 Jahre umsetzen und analog zur Schulbuchaktion Tablets für alle Schüler ab Mittelschule/AHS-Unterstufe bereitstellen. Auch soll es mehr Unterstützungspersonal an Schulen sowie mehr HTL- und Fachhochschulplätze im MINT-Bereich geben, sagt Obmann Sebastian Kurz.

Fast 3200 Fälle von Hass im Netz

Beratungsstelle zieht Bilanz. Zahl der Meldungen steigt.

WIEN 3192 Vorfälle von Hass im Netz wurden der Beratungsstelle „Gegen Hass im Netz“ in den ersten beiden Jahren ihres Bestehens gemeldet. Im Auftrag der Bundesregierung betreibt der Verein ZARA

diese Beratungsstelle seit September 2017. Die Zahl der gemeldeten Fälle ist im zweiten Jahr um 30 Prozent gestiegen. Im ersten Jahr wurden monatlich im Durchschnitt 110 Fälle registriert, im zweiten waren es 156. Die Meldungen seien aber nur die Spitze des Eisbergs, heißt es im Verein. Am häufigsten gemeldet wurden rassistische und sexistische Inhalte. Sie machen fast 80 Prozent

der Meldungen aus. Fast die Hälfte waren strafrechtlich relevant.

Die Beratungsstelle prüft die Meldungen, bei Bedarf wird eine Löschung beantragt. Auf Wunsch werden Betroffene bei Interventionen unterstützt oder Handlungsoptionen erarbeitet. In bestimmten Fällen gibt es Geld vom ZARA-Rechtshilfefonds für Gerichtsverhandlungen.

Gemeinsamer Antrag für Übergangsregelung soll offenbar stehen.

WIEN Der Ausbau erneuerbarer Energieträger darf nicht ins Stocken geraten. Darüber sind sich die Parteien einig. Doch bei der Frage, wie das bewerkstelligt werden könnte, gingen die Vorstellungen zuletzt auseinander. Seit Anfang des Sommers liegen zwei Initiativanträge zur Änderung des Ökostromgesetzes im Parlament: einer von ÖVP, FPÖ und Neos, der zweite von der SPÖ. Sie sind mit der Fristsetzung 24. September belegt; das bedeutet, dass in den Plenartagen kurz vor der Nationalratswahl darüber abgestimmt werden muss. Nun könnte es einen Kompromiss geben.

Unterschiede bei Biomasse

Beide Anträge verfolgen grundsätzlich das Ziel, lange Warteschlangen für die Förderungen von Ökostromanlagen abzubauen. Unterschied gibt es beim Zeitpunkt, also wann die zusätzlichen Mittel wirksam werden sollen. Dafür sehen ÖVP,



Damit der Ausbau erneuerbarer Energieträger nicht ins Stocken gerät, braucht es eine Übergangslösung. APA

FPÖ und Neos 2020 vor, die SPÖ schon heuer. Im Drei-Parteien-Antrag ist neben der Förderung für Photovoltaik, Wind- und Kleinwasserkraft auch die Biomasse ein Thema, im SPÖ-Antrag nicht. Konkret wollen Volkspartei, Freiheitliche und Neos: 40 Millionen Euro für die Windkraft, fünf Millionen Euro für die Kleinwasserkraft, 30 Millionen

für Biomasse beziehungsweise Biogas und 15 Millionen für Photovoltaik. Dazu kommen 30 Millionen Euro Investitionsförderung für mittelgroße Wasserkraftanlagen. Die SPÖ fordert für die Windkraft 45 Millionen Euro, für die Kleinwasserkraft ebenfalls fünf Millionen Euro sowie für Photovoltaik 20 Millionen Euro. Für Biomasse soll es

kein zusätzliches Geld geben.

Die Novelle erfordert eine Zweidrittel-Mehrheit. Im Nationalrat verfügen ÖVP, FPÖ und Neos über eine solche, im Bundesrat nicht. Der Chef der Abwicklungsstelle für Ökostrom (OeMAG) und Vizepräsident des Bundesrates, Magnus Brunner (ÖVP) berichtet nun von einer Einigung unter den Parteien. „Uns ist es im wesentlichen gelungen, einen Kompromiss zu finden.“ Es werde einen gemeinsamen Antrag geben. Heute sollen letzte Gespräche stattfinden, dann werden auch Inhalte bekannt. Im Prinzip stünden die ursprünglichen beiden Anträge ohnehin gar nicht so weit auseinander, meint Brunner. Der Abbau der Wartelisten für Förderungen in Wind- und Wasserkraft stünden im Mittelpunkt. Unterschiedliche Ansichten gab es demnach vor allem bei der Biomasse.

Gesetz lässt auf sich warten

Eine provisorische Lösung ist notwendig, da das sogenannte Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) länger auf sich warten lässt. Das Vorhaben sollte eigentlich eine Grundlage für die Finanzierung des

POLITIK IN KÜRZE

Minister bestätigt Hackerangriff auf ÖVP

WIEN Justizminister Clemens Jabloner hat am Donnerstag bei der Beantwortung der Dringlichen Anfrage der Liste Jetzt zum ÖVP-Datenklau bekundet, dass die bisherigen Ermittlungen den Verdacht eines Hackerangriffs bestätigen würden. Ein Unbekannter soll sich in Wien Zugriff zu ÖVP-Daten verschafft, mindestens ein Passwort geändert und eine große Menge Daten abgesehen haben, sagte er im Nationalrat.

Komitee für Neos

WIEN Die Neos erhalten für die Nationalratswahl Unterstützung von einem „Zukunftskomitee“ mit über 40 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik. Dazu zählen unter anderem der Ex-RBI-Chef Karl Sevelada, Ex-ÖVP-Mandatar Ferry Maier, Fussli-Eigentümer Karl Mayr und Ex-Opernball-Organisatorin Lotte Tobisch.

Photovoltaik auf einer Million Dächern

WIEN Die Grünen schlagen vor, dass bis 2030 jedes zweite Dach eine Photovoltaik-Anlage trägt. Österreich hat zwei Millionen Gebäude. Angesichts von Denkmalschutz, Stadtbild- und Verschattungssfragen lande man bei vorerst einer Million Dächern. Laut Parteichef Werner Kogler reicht dazu eine Förderung von ein bis eineinhalb Milliarden Euro. Finanziert werden soll das, indem umweltschädliche Subventionen zurückgezogen werden. Das Wifo habe diese mit 4,5 Milliarden Euro beziffert.



Jedes zweite Dach soll eine Photovoltaik-Anlage tragen, sagt Kogler. APA

Kompromisslösung für den Ökostrom

Ökostromausbaus ab 2020 schaffen. Da die schwarz-blaue Koalition frühzeitig endete, verzögert es sich. Erst im Frühjahr hatten die SPÖ-Abgeordneten im Bundesrat gegen eine befristete Übergangsregelung



„Uns ist es im wesentlichen gelungen, einen Kompromiss zu finden.“

Magnus Brunner
OeMAG-Chef, ÖVP-Bundesrat

der früheren Bundesregierung gestimmt. Diese wollte bestehende Förderungen für 47 Biomasse-Kraftwerke verlängern. Die SPÖ kritisierte damals, dass die genaue Verwendung der Geldmittel nicht fixiert sei, sie forderte Neuverhandlungen. Zum ersten Mal in der Geschichte scheiterte ein Gesetz im Bundesrat. **VN-RAM**